„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Das Sauerampfer-Deutsch

Die vom Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart herausgegebene Pressekorrespondenz, die an alle deutschsprachigen Zeitungen der Welt versandt wird, enthält einen kurzen Artikel über „Die deutsche Sprache in Canada". Dort lesen wir u.a.:

Aus Canada wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben: Seit zwei Jahren lebe ich hier, im Süden von Saskatchewan, dem fruchtbaren Weizenlande. Ich habe hier noch keinen Deutschen getroffen, der seine Sprache völlig beherrscht. In der ersten deutschen Familie, die ich hier traf, waren sechs Kinder, deren davon gingen zur Schule, wo sie nur englisch sprechen. Die jüngeren lernten es daher leicht, und so sprachen die Kinder untereinander nur englisch. Der Vater kam herein und sagte: „Wenn ich nicht deutsch mit ihnen spräche, würden sie es bald ganz verlernen." Darauf rief er seinem Jungen: „Willi, gehe hinauf in die „pasture" und bringe die Pferde in die „barn"." — Die Mutter richtete das Essen, welches die Kinder mit sich zur Schule nehmen: „Mosie, bringe nur eure „dinnerpails". Ist es „allright", wenn ich euch etwas von dem „cake" mitgebe?" — Bald darauf kommt eines der Kinder nach Hause gelaufen: „Der „teacher" hat mich nach Hause geschickt, ich habe die Tinte über mein Kleid ge„spillt"." So ging es den ganzen Tag weiter. Selbst Deutsche, die gar nicht englisch sprechen können, schnappen einige Worte auf, hören sie von den Kindern und gebrauchen sie dann bei jeder Gelegenheit. In der Unterhaltung mit Deutschen hört man dauernd Dinge wie diese: Ich war sehr „surprised", oder: es ist doch „funny", oder: Sie rief die „nurse", usw. Allgemein ist der Ausdruck die „car" für das Auto. Der deutsche Genuß scheint hier gänzlich verloren zu gehen. Man schreibt viel lieber das „hello" und „good-bye" zu gebrauchen. Daß man für Speisen lieber englische Ausdrücke gebraucht, ist wohl erklärlich, da man viele von den Gerichten in Deutschland nicht kennt. — **Es ist den Deutschen hier nicht bewußt, daß sie mit ihrer Sprache ihr Deutschtum aufgeben.**

Soweit der Artikel in der Pressekorrespondenz. Die darin enthaltene Kritik ist vollauf berechtigt. Das muß jeder zugeben, der mit den hiesigen Verhältnissen nur einigermaßen vertraut ist. Das Sauerampfer-Deutsch, das hier leider nur zu häufig im Gebrauch ist, ist gewiß kein Ruhmesblatt im Buche der Deutschtumsarbeit. Etwas Selbstbesinnung und Selbstbeherrschung, etwas guter Wille und ein wenig Disziplin sollten fürwahr die hier herrschenden Mängel beseitigen oder wenigstens auf ein Mindestmaß einschränken. Das gilt nicht nur für die Alteingesessenen, bei denen eine Beimischung von englischen Sprachbrocken leichter verständlich ist, sondern noch mehr für die deutschen Einwanderer, die sich oft in sehr kurzer Zeit das canadische Sauerampfer-Deutsch angewöhnen und sich vielleicht sogar noch etwas auf diese Verschandelung ihrer schönen deutschen Muttersprache einbilden.

Die Liste der oben angeführten englischen Brocken, die in den Sprachgebrauch übergehen, ließe sich ja noch bedeutend erweitern. So könnte man fragen: Warum „lot" statt Bauplatz oder Grundstück, warum „fence" statt Zaun, warum „mixen" statt mischen, warum „share" statt Anteilschein oder Aktie, warum „south" und „north" statt Süden und Norden, usw.? Fast noch häßlicher ist die Entstellung oder Verstümmelung der deutschen Eigennamen, der Vor- wie Familiennamen. Warum muß der Joseph ein „Joe", der Michael ein „Mike", der Franz ein „Frank" werden? Warum will der Schneider sich in einen „Snyder", der Müller sich in einen „Miller", der Schmidt sich in einen „Smith" oder der Fuchs sich in einen „Fox" verwandeln? Namen sind Bestandteile unseres persönlichen Wesens, sind unser rein individuelles Eigentum, auf dessen ungeschmälerten Besitz wir ebenso Anrecht haben wie auf Eigentum von Geld und Gut. Warum sollen wir uns nur der englischen Umgebung anpassen? Können wir nicht mit ebensoviel gutem Grund und Recht fordern, daß man unsere deutschen Namen respektiere? Natürlich müssen wir dann zuerst selbst ein wenig Stolz auf unsere deutsche Herkunft an den Tag legen.

Eine weitere Frage: Vermischt der Engländer oder Franzose seine Sprache mit deutschen Brocken? Warum sollen wir dann unser schönes, wohlklingendes Deutsch verschandeln und verhunzen? Ist das deutsche Wort nicht die Sprache der Dichter und Denker, der größten Musiker und Philosophen, des bedeutendsten Kulturvolkes auf Gottes weiter Erde? Unsere Kinder werden nie ein reines Deutsch erlernen, werden nie etwas Hochachtung für den kostbaren Sprachschatz ihrer deutschen Väter und Mütter gewinnen, wenn wir selbst unsere Muttersprache durch Fremdwörter verunstalten.

Infolge des oft täglichen Umganges mit nichtdeutschen Menschen, infolge des häufigen Gebrauches der englischen Sprache mag sich wohl mitunter ein englisches Wort einschleichen. Doch sollten wir wenigstens uns um ein klares und reines Deutsch immer wieder bemühen.

Eine Advokaten- und Doktoren-regierung.

Im neuen „kooperativen" Kabinett von Saskatchewan sitzen neben Dr. Anderson vier Advokaten, zwei Aerzte, ein Landagent, ein Maschinenhändler und ein Telegraphist. Den Premier hinzugerechnet, zählt die Regierung zehn Mitglieder, acht Konservative, einen Progressiven und einen Unabhängigen. Das Kabinett hat die meisten Ministerposten aufzuweisen, die jemals in der Geschichte von Saskatchewan zu verzeichnen waren.

Die Farmer, welche die größte Bevölkerungsgruppe in Saskatchewan darstellen, haben gar keine Berufsvertretung im „kooperativen" Kabinett, von dessen acht ordentlichen Mitgliedern sechs den Städten entnommen sind, wenn man F. F. Bryant hinzurechnet, der zwar den ländlichen Lumsden-Wahlkreis vertritt, aber tatsächlich in Regina ansässig ist.

Wir haben es mit einer Advokaten- und Doktorenregierung zu tun, die nun ihre juristische und ärztliche Kunst beweisen muß. Hoffentlich wird die Ausübung dieser schönen Künste nicht zu kostspielig für die Bevölkerung von Saskatchewan.

Regelmäßiger Luftschiffverkehr.

Dr. Hugo Eckener, dessen Verhandlungen mit den Vertretern der Goodyear-Zeppelingesellschaft und amerikanischen Finanzleuten vorläufig abgeschlossen sind, ist kürzlich an Bord des Hapagdampfers „New York" nach Deutschland zurückgefahren. Die Einrichtung eines transatlantischen und transpazifischen Luftschiffverkehrs dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen, wie jetzt aus zuverlässiger Quelle bekanntgegeben wurde. Das Riesenunternehmen wird durch das New Yorker Bankhaus Grayson M. P. Murphy, 52 Broadway, und wahrscheinlich durch eine weitere Bank finanziert werden. Die Verhandlungen zwischen Edward McDonald, einem Teilhaber des Murphy-Bankhauses, und Dr. Eckener, dem Führer des „Graf Zeppelin", sind bereits so weit fortgeschritten, daß die Einrichtung eines Luftschiffverkehrs zwischen den Ver. Staaten, Europa und Asien nunmehr gesichert erscheint.

Die neuzuerbauenden Luftschiffe sollen bedeutend größer und schneller als der „Graf Zeppelin" werden. Sie können 100 Passagiere befördern und eine Stundengeschwindigkeit von 125 Meilen entwickeln. Eine Linie zwischen New York und Friedrichshafen und eine weitere Linie von San Francisco über Honolulu nach Yokohama sind geplant. Die neuen Riesenluftschiffe werden Post, wertvolles Frachtgut und Passagiere befördern, und sachverständige Kreise sind überzeugt, daß bei Einrichtung eines regelmäßigen Luftschiffdienstes gute Gewinne zu erwarten sind.

Krieg in der Mandschurei?

Das Außenkommissariat der Räteregierung erklärt in einer der deutschen Botschaft zur Uebermittlung an die Regierungen in Nanking und Mukden eingehändigten Note, daß Truppen der Roten Armee gezwungen waren, zum Schutz der sibirischen Grenze und der friedlichen Bevölkerung dieses Grenzgebietes zu Vergeltungsmaßregeln zu schreiten, nachdem chinesische Truppen und Weißgardisten (aus russischen Flüchtlingen zusammengesetzt, die die Räteregierung bekämpfen) 19 Angriffe auf Grenzortschaften unternommen hatten. In der Note wird China auf die ernsten Folgen aufmerksam gemacht, die weitere herausfordernde Angriffe mit sich bringen könnten.

Die offizielle Nachrichtenagentur der nationalisischen Regierung Chinas „Kuomin" meldet, daß in Erwartung einer allgemeinen russischen Offensivbewegung chinesische Verstärkungen von Mukden aus an die Fronten von Manduchuli und Pogranitschnaja unterwegs seien. Die Agentur fügt hinzu, daß jetzt die schwersten Kämpfe seit dem Beginn des chinesisch-russischen Streites um die Ostbahn an der ganzen mandschurisch-sibirischen Grenze im Gange seien.

An der mandschurischen Grenze, zwischen der chinesischen Provinz Kirin und der sibirischen Seeprovinz, scheint jetzt nach monatelangen Unterhandlungen, die fortwährend von Grenzgefechten zwischen kleineren Truppenabteilungen begleitet waren, der Krieg zwischen der Räteunion und China wirklich entbrannt zu sein.

Den Mittelpunkt des russischen Angriffes bildet der strategisch wichtige Bahnknotenpunkt Pogranitschnaja, der östliche Hauptbahnhof der chinesischen Ostbahn. Die Stadt wurde den chinesischen Truppen entrissen, die sich aber wieder in den Besitz der Stadt setzten.

Alle Lokomotiven der chinesischen Ostbahn wurden bis Muling zurückgezogen, das vorläufig der Endpunkt des Bahnverkehrs von Charbin aus ist. In Muling traten die Bahnarbeiter in den Streik. Zwischen Wladiwostok und Chabarowsk sollen 30,000 Truppen der roten Armee konzentriert sein.

Weltumschau

Neues Republikschutzgesetz. Das deutsche Innenministerium, das durch die kürzlichen Gewaltakte in Lüneburg, Krempe und anderen preußischen Städten in Aufregung versetzt wurde, unterbreitete einen neuen Entwurf zum „Schutze der Republik", um der Situation gewachsen zu sein. Keiner der Paragraphen, die kürzlich von einer großen Mehrheit des Reichstags abgelehnt wurden, ist in dem neuen Entwurf enthalten, der dem Reichskabinett im Laufe der nächsten Woche vorgelegt werden soll. In dem neuen Entwurf ist unter anderem auch kein Paragraph enthalten, der eine Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages vorsieht, um die Regierung in die Lage zu versetzen, die Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers aus seinem Exil in Holland nach Deutschland zu verhindern. Die Klauseln in der neuen Vorlage sehen härtere Strafen für die Verleumdung republikanischer Institutionen und Staatsmänner vor. Eine Mehrheit im Reichstag scheint für die Vorlage sicher zu sein.

Die Gewaltakte ereigneten sich an mehreren Punkten in Preußen. Vor etwa einer Woche trug sich eine Bombenexplosion im Verwaltungsgebäude von Lüneburg zu, wobei ein großer Schaden verursacht und Menschenleben in Gefahr gebracht wurden. Ein großer Teil des Gebäudes wurde außerdem zerstört. Die Täter sind bisher noch nicht gefangen genommen worden. In Krempe ereignete sich darauf einige Tage später ein ähnlicher Gewaltakt. Telegraphische Berichte besagen, daß ein ehemaliger Polizeibeamter in Verbindung mit der Affäre verhaftet und nach Hamburg abtransportiert worden sein soll.

Kehrt der Kaiser zurück? Politischen Beobachtern zufolge sind viele Anzeichen vorhanden, die auf die beabsichtigte Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers von Holland nach Deutschland hindeuten. Bekanntlich ist das Gesetz zum Schutze der Republik außer Kraft getreten und niemand kann dem Exkaiser das Recht auf Rückkehr nach Deutschland verwehren. Wie man glaubt, ist nun ein Grund vorhanden, weshalb der Kaiser noch zögert, seinen Plan auszuführen, und das ist die Furcht vor den Folgen, die seine Rückkehr nach der Heimat aus dem Exil in Holland eventuell mit sich bringen mag, da bekanntlich die Ansichten über die Rückkehr des früheren Monarchen im deutschen Volke geteilt sind. Obgleich ein großer Teil des deutschen Volkes gegen seine Rückkehr ist, so ist doch noch eine beträchtliche Anzahl von Deutschen vorhanden, die nicht einsehen können, warum man einem großen deutschen Manne die Heimkehr in sein Vaterland verwehren soll.

Deutsche Finanzreform? Die Neuregelung des Reparationsproblems hat nach Ansicht von Wirtschaftskreisen den Weg für eine völlige Finanzreform in Deutschland geebnet. Viele Finanzsachverständige verlangen, daß die unverkennbaren Ersparnisse, die durch die Reduktion der deutschen Zahlungen in Verbindung mit dem Young Plan ermöglicht wurden, im nächsten Budget nutzbar angewandt werden sollten, um an der Bildung neuen Industriekapitals mitzuhelfen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Ersparnisse während des laufenden Jahres bis zum 1. April 1930 angeblich 1,750,000,000 betragen und daß diese in den nachfolgenden Jahren sich noch höher belaufen werden. Obgleich diese Ersparnisse nicht für eine Steuerermäßigung während des laufenden Jahres verwandt werden können, so wird dennoch die Ansicht vertreten, daß das Deutsche Reich innerhalb eines Jahres sich wieder in einer besseren Lage befinden sollte, um die Lasten der deutschen Steuerzahler zu erleichtern und zu gleicher Zeit der deutschen Industrie zu helfen, deren Entwicklung infolge der schweren Steuerlasten ungünstig beeinflußt wird.

Die Bildung neuen Kapitals, die bisher in den letzten Jahren infolge der übermäßig hohen Besitz- und Einkommensteuern unmöglich war, wird daher zu den ersten Aufgaben gehören, womit sich die Regierung zu befassen haben wird.

Frankreich und die Saarfrage. In Pariser politischen Kreisen bringt man einem Berichte das größte Interesse entgegen, in dem es heißt, daß die französische Regierung bereit ist, die Kontrollfrage im Saargebiet dadurch zu lösen, daß Deutschland die darin befindlichen Kohlenminen, die durch das Diktat von Versailles in den permanenten Besitz von Frankreich übergegangen sein sollen, zurückkaufen soll. Es wird erwartet, daß die französische Regierung schon bald einen diesbezüglichen Vorschlag an Deutschland machen wird.

Gleichzeitig wird erklärt, daß Frankreich nicht an einem direkten Rückkauf der Bergwerke durch Deutschland interessiert ist, sondern einer Art kooperativen Handelsvertrags durch den Frankreich eine gewisse Kontrolle beibehalten würde, den Vorzug geben würde. Diese Mitkontrolle würde dazu dienen, die Eisen- und Stahlindustrie in Lothringen, die der Saarkohle bedarf, zu schützen.

Um die Garantie für die Ablieferung von Kohlen aus dem Saargebiet nach Lothringen zu erhalten, schlägt Frankreich den Mitteilungen gemäß vor, daß eine französisch-deutsche Korporation gebildet würde, der die Ueberwachung des Bergwerksbetriebes übertragen wird. Wie es weiter heißt, soll Frankreich willens sein, die begrenzte Teilhaberschaft an den Minen bei der Festsetzung des Kaufpreises in Berücksichtigung zu ziehen, sowie auf die vorgesehene Volksabstimmung zu verzichten, durch die bekanntlich im Jahre 1935 bestimmt werden soll, ob das Volk der Saar nach Deutschland zurückzukehren oder unter der gegenwärtigen Verwaltung des Völkerbundes zu verbleiben wünscht.

Geplantes Attentat. In Kowno (Litauen) herrscht beträchtliche Aufregung über die auf deutschem Gebiet erfolgte Verhaftung von Oberst Pletskaitis und fünf Begleitern, die angeblich einen Anschlag auf den Eisenbahnzug planten, mit dem Premier Woldemaras von Litauen von der Sitzung der Völkerbundversammlung heimreisen wird.

Ministerpräsident Woldemaras, der noch in Genf weilt, ist von der Situation in Kenntnis gesetzt worden und man erwartet seine Antwort. In litauischen Kreisen glaubt man den Berichten, daß Pletskaitis einen Angriff auf den Zug des Premiers vorhatte und man erwartet, daß die Auslieferung der Verdächtigen von Deutschland gefordert werden wird, obgleich das Reich wahrscheinlich politisch Verfolgte nicht herausgeben dürfte.

Sozialer Ausgleich in England. Der in Belfast, Nord-Irland tagende britische Gewerkschaftskongreß erklärte in einer Entschließung, daß es durchaus seine Absicht sei, für eine Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in allen Fällen des Arbeitsverhältnisses einzutreten. Ein eingebrachter Resolutionsantrag, durch dessen Annahme der Kongreß sich gegen die Weiterführung solcher Unterhandlungen, wie der industriellen Friedenskonferenz zwischen Arbeiterführern und der Lord Melchett-Gruppe von Arbeitgebern, aussprechen sollte, wurde mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen.

In diesem abgelehnten Antrag war die industrielle Friedenskonferenz als „eine ernste Bedrohung der Interessen der arbeitenden Klassen" bezeichnet worden. Der Gewerkschaftsführer Jas. P. Brownlie hatte bei Begründung dieses Antrages erklärt, solche Konferenzen wären bloß dazu angetan, die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zurückzuwerfen. Er forderte eine sofortige Beendigung der Friedenskonferenz.

In den Verhandlungen des Kongresses zeigte sich deutlich die Tendenz, Arbeitseinstellungen und Arbeiteraussperrungen als Instrumente der industriellen Politik zu verwerfen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer scheinen allgemein zur Einsicht zu kommen, daß Gewalt eine veraltete Methode der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten ist, und daß es sich für beide Parteien besser lohnt, ihre Differenzen einem Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen. Unstreitig hat der Streik in der Baumwollindustrie der Grafschaft Lancashire diese Tendenz gestärkt.

Während des dreiwöchigen Streikes von rund 500,000 Arbeitern in 1300 Spinnereien haben die Gewerkschaften für Unterstützungen die Gesamtsumme von $1,250,000 ausbezahlt. Der Lohnverlust der Arbeiter belief sich auf $5,000,000, während der durch die Verringerung der Produktion und der Ausfuhr entstandene Verlust der Spinnereien auf sieben Millionen Dollar wöchentlich geschätzt wird. Unter diesen Verhältnissen dauerte es nicht lange, bis eingesehen wurde, daß keine der beiden Parteien einen mit so ungeheueren Kosten verbundenen Kampf lange führen könne.

Jaapje soll in die Politik eingeweiht werden

Es war bei den letzten holländischen Wahlen. Der kleine Jaap stand am Fenster, als unten eine Gruppe von Anhängern irgend einer Partei mit Fahnen und Gesang vorbeizog.

„Mutter, Mutter, komm schnell!" rief Jaapje, „sieh nur, was das ist?"

„Das ist der Umzug einer Partei", erwiderte die Mutter.

„Einer Partei?" fragte verwundert Jaap, „was ist denn eine Partei?"

Jaap ist gerade 6 Jahre alt und die Mutter meint, wie das Mütter gewöhnlich tun, daß er ein besonders kluger Junge sei. Und so sagt sie ihm, daß es verschiedene Parteien im Lande gäbe, wie verschiedene Menschen auch. Denn was die einen schön finden, das finden die andern häßlich . . .

Da aber macht Jaap schon nicht mehr mit. Er schüttelt den Kopf. Das ginge doch nicht. Was schön sei, sei doch schön. Und was häßlich sei, sei doch häßlich.

Die Mutter sieht ein, sie muß die Sache anders anfangen. „Nein, mein Junge," sagt sie, ich will dir das an einem Beispiel erklären. Du magst doch so gern Blumenkohl, nicht wahr? Und dein Freund Geertje mag keinen Blumenkohl. Und du magst keinen Spinat. Und der Geert ißt doch den Spinat so gern. Und so denken die Menschen auch verschieden. Was die einen mögen, mögen die anderen nicht. Und die dasselbe mögen, die gehen dann zusammen und gründen eine Partei."

Jaap machte ein nachdenkliches Gesicht und sagte nichtsmehr. „Er scheint mich begriffen zu haben," dachte die Mutter voller Stolz.

Eine Stunde später kam wieder ein Zug vorbei mit Fahnen und Gesang. Jaap stürzte nach dem Fenster.

„Mutter, Mutter," rief er, „komm schnell, da ist wieder so eine Partei. Sage, Mutter, welches Gemüse mögen die nun am liebsten?"

Und da sah die Mutter ein, daß Jaap, so klug er auch sonst sein mochte, doch noch ein wenig zu klein war, um in die Geheimnisse der Politik eingeweiht zu werden.

Der Auswanderer

Es steht mit grollenden Tränen
Ein Mann am Meeresstrand,
Und steckt die Arme mit Sehnen
Nach seiner Väter Land.

Die Brust will ihm zerspringen,
Das Herz ihm brechen entzwei;
Vom deutschen Rhein her singen
Hört er die Lorelei.

Er hört sie singen und rauschen
Dazwischen den heimischen Rhein,
Kann nicht genug horchen und lauschen.
Die Wangen fallen ihm ein.

Sie fallen ihm ein und erbleichen,
Sein Auge wird fahl und matt!
Er neidet daheim den Leichen
Die trauliche Ruhestatt.

Er aber mit stolzer Gebärde
Hat noch im Scheiden vom Fluß
Den Staub der Heimaterde
Geschütteit im Ueberdruß.

Er ist im Grolle gegangen,
Nun kommt die Liebe zu spät,
Zu spät das heiße Verlangen;
Verschmäht wird, wer verschmäht.

Ein Weltmeer trennt ihn brausend
Vom treuen Vaterland;
Bald liegt er bei manchen Tausend
Vergessen im fernen Land.

J. G. Ritter v. Leiner.

Der Niedergang des Judentums in Rußland

Feststellungen eines amerikanischen Rabbiners.

Paris. — Nach einer viermonatigen Studienreise durch Rußland, wo er die Lebensverhältnisse der Juden unter dem Sowjetregime untersuchte, ist Rabbiner Simon Glazer, der Präsident des Zentralrats der Rabbiner von Groß-New York, nach Westeuropa zurückgekehrt und überzeugt, daß „den mehr als 3,000,000 russischen Juden durch die eiserne Hand und die teuflische Gerissenheit des Bolschewismus langsam aber sicher das Lebenslicht ausgeblasen wird."

Glazer, der Rabbiner des Beth-El Tempels von Borough Park, Brooklyn, weilte die meiste Zeit seines Aufenthaltes in Rußland in den Dörfern, wo er mit russischen Rabbinern und gläubigen Juden in Verbindung trat.

Rabbiner Glazer stellte in seiner Untersuchung fest, daß nur 10 Prozent der einst in Rußland lebenden Juden noch zur jüdischen Religion gehören. Unter denen, die die letzten zehn Jahre überlebt haben, „werden Tod und Irrsinn als Gnadenboten betrachtet", erklärte Rabbiner Glazer.

Eine Rücksprache mit mehreren der 31 Rabbiner, die im letzten Dezember eine Proklamation unterzeichneten, in der gesagt wird, daß in Rußland Glaubensfreiheit bestehe und keine Hilfe benötigt werde, hat nach Glazers Erklärung ergeben, daß die Unterschrift mit brutaler Gewalt erzwungen wurde. Er fand weiter, daß reichen amerikanischen Juden Geld für Siedelungszwecke entlockt wurde, daß er aber keine Siedlung finden konnte, in der noch die ursprünglichen Kolonisten wohnen. Er schloß mit der Erklärung: „Es gibt keinen Antisemitismus in Rußland, weil er nicht länger nötig ist. Jüdisches Leben als solches existiert in Rußland nicht mehr."

— Die Mode verlangt jetzt schlanke Körperformen. Paßt zu den Lebensmittelpreisen.

London streckt wieder Fühler nach Moskau aus

Wünscht Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Sowjetregierung.

Mit großer Genugtuung in Moskau aufgenommen

London. — Großbritannien unternahm neue Schritte, um die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit der Räte-Union wieder aufzunehmen. Die britische Regierung sandte der norwegischen eine Note, zur Uebermittlung an die russische Regierung zu, in der die Ansicht ausgedrückt wird, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, der es wünschenswert erscheinen lasse, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, die vor einigen Monaten durch die Abreise des russischen Bevollmächtigten Dovgalevski unterbrochen wurden.

Möglicherweise kann eine Zusammenkunft zwischen dem Sekretär des Auswärtigen, Arthur Henderson und einem Repräsentanten der Räte-Union während Herrn Hendersons Aufenthalt in Genf vermittelt werden.

Moskau. — Eine Antwort auf die britische Note, in welcher die Aufforderung zur Wiederaufnahme der politischen und Handelsbeziehungen zwischen der Räterepublik und Großbritannien enthalten war, wurde dem norwegischen Geschäftsträger durch Außenkommissär Litwinoff übergeben.

Pressenachrichten aus London, welche besagten, daß die Arbeiterregierung bereit sei, die Unterhandlungen weiterzuführen, wurden hier mit großer Genugtuung aufgenommen.

Soweit festgestellt werden konnte, ist die Räte-Regierung nicht von ihrem Standpunkt abgewichen, daß zuerst Botschafter ausgetauscht werden müßten, bevor die schwebenden Fragen zwischen den beiden Ländern zur Besprechung gelangen könnten. Es wird aber angedeutet, daß, wenn dieser Punkt erneut aufgenommen würde, irgendein Kompromiß hierüber erwartet wird.

— Nirgends verlieren Streikende ihren Kopf im eigentlichen Sinne des Wortes so leicht wie in China.

Wichtige Veränderungen
in der
Passagierzugs-Tabelle
werden gemacht am
Sonntag, 29. Sept. 1929
Fragt den Stationsagenten um volle Auskunft
Canadian Pacific
Das größte Reisesystem der Welt.

Weihnachts-Fahrten
in die "ALTE HEIMAT" mit dem beliebten Kabinendampfer
"CLEVELAND"
Abfahrt von NEW YORK nach HAMBURG
am 9. Dezember
Abfahrt von BOSTON am 10. Dezember
und mit dem neuen Motor-Kabinenschiff
"ST. LOUIS"
Abfahrt von NEW YORK nach HAMBURG
am 12. Dezember
Beide Fahrten stehen unter der persönlichen Leitung eines unserer bewährten Beamten
Ihren Wünschen entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten sind jetzt noch zu haben
HAMBURG-AMERIKA LINIE
274 Main Street, Winnipeg, Man.
614 St. James St. W. Montreal, Que.
Adams Building Edmonton, Alta.